



Fragenkatalog der Fraktionen

I. Die Menschenrechte in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten im internationalen Kontext

1. Israel ist als jüdischer und demokratischer Staat sowohl aufgrund seiner Geschichte sowie seiner geographischen Gegebenheiten innerhalb der Region Nahost in einer besonderen Situation. Welche Folgen ergeben sich daraus aus Ihrer Sicht auf das Verständnis und die Achtung der Menschenrechte insbesondere im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten?
(CDU/CSU)

ANTWORT:

Zunächst zu den geographischen bzw. geopolitischen Gegebenheiten: Hin und wieder wird in der politischen Diskussion darauf hingewiesen, dass das Existenzrecht Israels weithin anerkannt ist und feindliche Einstellungen gegenüber dem israelischen Volk zurückgehen. Das Bedrohungsempfinden der israelischen Bevölkerung basiert jedoch trotz verbesserter Beziehungen zu einigen Nachbarländern auch weiterhin auf der Tatsache, dass eine weit überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in den arabischen Staaten der Region die Existenz des Staates Israel ablehnen. Im Rahmen der größten empirischen Studie, die jemals zu den Einstellungen der arabischen Welt durchgeführt worden ist hat das Arabische Zentrum für Forschung und Politikstudien in Qatar im Jahr 2015 insgesamt 18.300 Menschen in zwölf Ländern befragt, darunter Ägypten, Irak, Jordanien, Kuwait, Libanon, Saudi-Arabien, Sudan und Tunesien. Dieser Studie zufolge sprachen sich 85 Prozent gegen die Anerkennung Israels aus, 67 Prozent benannten Israel und/oder die USA als den größten Feind ihres Landes. Diese faktische Bedrohung und Leugnung der Existenz Israels führt immer wieder zu einer psychologischen Situation, in der die entschiedene Abwehr empfundener und tatsächlicher Bedrohungen im Mittelpunkt steht.

Diese Beschreibung steht exemplarisch für die Erfahrungen des jüdischen Volkes. Israelis betrachten sich als Schicksalsgemeinschaft, die durch Jahrhunderte von Verfolgung in Europa und Diskriminierung in arabischen Staaten zusammengeschweißt wurde. Im Gegensatz zu vielen europäischen Staaten, die ihre demokratische Grundordnung aus den christlich-jüdischen Werten und der humanistischen Aufklärung herleiten und darauf ihre liberalen Rechts- und Gesellschaftsordnung aufbauen, erwachsen die Werte der israelischen Demokratie nicht nur aus diesen Fundamenten, sondern noch deutlicher aus dem Empfinden dieser Schicksalsgemeinschaft. Dies führt zu unterschiedlichen Sichtweisen bei der Betrachtung von demokratischen Werten und dazu, dass die Attribute jüdisch und demokratisch nicht einfach voneinander zu trennen sind. Meinungsfreiheit, das Ausgleichen von Interessen innerhalb der Gemeinschaft, die Integration von Menschen aus der Diaspora in das Staatswesen, die Achtung des jeweils anderen Menschen – alles das stellt die Mischung von historischen Erfahrungen und religiösen Grundsätzen des jüdischen Volkes dar. Dazu kommt die religiöse Besonderheit, dass das Judentum nicht nur eine Religion, sondern auch eine Volkszugehörigkeit beschreibt.

Es darf freilich nicht verschwiegen werden, dass diese Besonderheit Israels als „Heimstatt der Juden“ ein Spannungsverhältnis mit dem ebenfalls indigenen Bevölkerungsanteil der palästinensischen Israelis begründet.

Gerade aus der Schicksalsgemeinschaft und der engen Verbindung des jüdischen Glaubens, dem eine permanente Diskussion der theologischen Grundlagen und eine Meinungsvielfalt traditionell immanent sind, was in dem Wort „Tacheles“ deutlich zum Ausdruck kommt, erwachsen die Unterschiede zu den arabischen Nachbarländern. In eben diesen Ländern stellen die herrschenden Konflikte zwischen Glaubensrichtungen und tribalistischen Herkunftstypen Staatswesen und Staatsgliederungen immer wieder in Frage. Das führt nicht selten zu Bürgerkriegen und eingeschränkter Staatlichkeit sowie zu einem grundsätzlich anderen Meinungsklima.

Diese unterschiedlichen Perspektiven darzustellen, ist wichtig für die Frage, ob und inwiefern Israel eine Demokratie ist und dauerhaft bleiben kann. Anders als in vielen europäischen Staaten basiert die Demokratie in Israel nicht auf einer Verfassung, sondern auf Grundgesetzen, die mit einfacher Mehrheit in der Knesset geändert werden können. Anders als in vielen anderen Staaten liegt Israels Demokratie keine Verfassung im engeren Sinne zugrunde. Jedoch fungieren die Grundgesetze als solche. Sie beschreiben ebenso wie die Unabhängigkeitserklärung, auf die sich der Oberste Gerichtshof in Urteilen regelmäßig beruft, dass das jüdische Volk „wie jedes andere das natürliche Recht zur Selbstbestimmung in seinem eigenen, souveränen Staat“ habe, dass der jüdische Staat „Juden aus der Diaspora aufnehmen; das Land zum Wohlergehen aller seiner Bewohner entwickeln; und auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Propheten basieren“ solle. Sie garantiert „gleiche Rechte ungeachtet Glaube, Geschlecht oder Ethnie“ sowie „Religions-, Rede- und Meinungsfreiheit und Freiheit in der Kultur, Bildung und Erziehung“.

Israel ist aufgrund der geschilderten Umstände weniger eine kodifizierte Demokratie, sondern vor allem auch eine „gelebte Demokratie“. Daraus erwachsen, was den verbindlichen grundrechtlichen Rahmen angeht Defizite als auch Vorteile. Und auch das ist ein entscheidender Unterschied zu arabischen Nachbarländern. Meinungsfreiheit und demokratische Werte werden in Israel außerordentlich hoch eingeschätzt und wertgeschätzt.

Es ist beispielsweise keinesfalls so, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung im Angesicht des Terrors Kritik an Israel verbittet. Nach Erkenntnissen des renommiertesten israelischen Forschungsinstitutes und Think Tanks Israeli Democracy Institute (IDI) verneinen sowohl 70 Prozent der jüdischen als auch der arabischen Israelis die Auffassung, dass israelische Staatsbürger daran gehindert werden sollten, den Staat Israel in der Öffentlichkeit zu kritisieren. Das sind auch im internationalen Vergleich hohe Werte. Israel schneidet regelmäßig in Indexen, wie beispielsweise dem Freedom-House-Index zur Pressefreiheit, trotz bestehender Militärzensur deutlich besser ab als alle Nachbarländer. Zum Vergleich der dramatischen Unterschiede: Israel wird in diesem Index mit 68 von 100 Punkten geführt, Saudi-Arabien mit 14. Auch bei anderen Werten, vor allem bei der politischen Partizipation schneidet Israel regelmäßig mit Spitzenplätzen in den diversen Indexen ab.

Trotz aller Bedrohungen von außen, ungeachtet sozialer Unterschiede und immenser Lebenshaltungskosten gehören die Israelis, auch das zeigen diverse empirische Studien, zu den zufriedensten Bewohnern der Welt. Das ist nach wie vor nicht zuletzt auf den Grad der gesellschaftlichen Solidarität und auf das Empfinden einer funktionierenden Demokratie zurückzuführen.

Wichtiger ist die Frage, ob Israel vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung diesen gelebten grundrechtlichen und menschenrechtlichen Standard erhalten kann, wenn der Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser nicht im Sinne einer Zweistaatenlösung gelöst werden kann. Eine „Einstaatenlösung“ würde entweder den Status Israels als jüdisches Land oder seinen Status als demokratisches Land gefährden. Die demographische Entwicklung wird in absehbarer Zeit dazu führen, dass in einer Einstaatenlösung keine jüdische Bevölkerungsmehrheit mehr vorhanden wäre. Das Primat des Jüdischen wäre dann nur durch eine Aufhebung demokratischer Prinzipien gegeben.

Aus diesem Grund ist und bleibt trotz gegenteiliger gesellschaftlicher Dynamiken und trotz aller damit verbundenen politischen Schwierigkeiten die Zweistaatenlösung nicht nur ohne eine gangbare Alternative, sondern das Eintreten für diese Lösung (auch von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft) bleibt zugleich der wichtigste Beitrag für den Erhalt des menschenrechtlichen Standards in Israel.

2. Die islamistische Terrormiliz des sogenannten „Islamischen Staates“ bedroht auch und in besonders aggressiver Weise die Sicherheit der israelischen Bevölkerung. Sicherheit, Freiheit und die Achtung der Menschenrechte stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Wie begegnet Israel dieser Bedrohung und welche Auswirkungen sind für die israelische Gesellschaft zu erwarten? (CDU/CSU)

ANTWORT:

Die Bedrohung Israels durch den IS ist eine reale Bedrohung. Ende Oktober 2015 hat der Islamische Staat sein erstes Video in hebräischer Sprache hochgeladen und in diesem Video Israel ganz explizit gedroht: „Nicht ein einziger Jude wird in Jerusalem bleiben“. Etwa zwei Monate später tauchte ein Video auf, in dem der Anführer des Islamischen Staates Abu Bakr al-Baghdadi Israel mit ebenso deutlichen Worten bedroht hat: „Palästina wird nicht Euer Land sein, es wird Euer Friedhof werden“. Dass das keine leeren Drohungen sind, beweisen das erste Feuergefecht von IDF und einer mit ISIS verbundenen Gruppe auf dem Golan, sowie ein verhindertes Terroranschlag auf die israelische Fußball-Nationalmannschaft in Albanien.

Israel ist über drei Wege – in sehr unterschiedlichem Ausmaß - durch den IS-Terror bedroht: An seinen Grenzen, in den palästinensischen Gebieten und in Israel selbst.

Dass ISIS auf dem Sinai durch „Wilayat Sinai“, seinen Ableger im Sinai, außerordentlich aktiv ist, ist bekannt. Hier hat Israel seine Grenzkontrollen intensiviert. Inwiefern die längste Grenze Israels, diejenige zu Jordanien, betroffen sein wird, ist noch abzuwarten. Hier ist entscheidend wie deutlich es dem haschemitischen Königreich Jordanien gelingen wird, das Einsickern von IS-Gruppen in sein Land zu verhindern. Eine erste Konfrontation hat es hingegen an der Nordgrenze zu Syrien gegeben. Ende November 2016 wurde eine Aufklärungseinheit der Golani-Brigaden durch die Khaled Ibn al-Walid Army angegriffen, eine „IS-Filliale“, die früher als Yarmuk Martyr Brigades bekannt waren. Ob das eine einmalige „zufällige“ Aktion war oder daraus mehr werden kann, bleibt abzuwarten. Insgesamt bleibt die Bedrohung über die Grenzen hinweg eher gering und die Gesamtsituation bislang ruhig, was IS anbetrifft. Eine

mögliche Bedrohung durch den IS wird in der Wahrnehmung durch die Bevölkerung in Israel durch die reale Bedrohung durch die Hisbollah bei weitem überlagert. ISIS und Hisbollah stehen sich bekanntlich feindlich gegenüber, aber an einer Stelle gibt es große Einigkeit: Auf beiden Seiten gibt es vielfache Äußerungen, die darauf abzielen die Existenz Israels und jüdischen Lebens in dieser Region zu beenden.

Bislang gibt es nur wenig Hinweise auf eine direkte Präsenz des Islamischen Staates in den palästinensischen Gebieten. Umfragen des führenden palästinensischen Meinungsforschers Khalil Shikakis beweisen, dass nur 3 Prozent der Menschen in der Westbank ISIS als „wahrhaft islamisch“ betrachten (zum Kontrast: 9 Prozent in Gaza). Während der Terrorwelle zwischen dem Herbst 2015 und dem Frühling 2016, der mehr als 40 Menschen zum Opfer gefallen sind, gab es immer wieder Hinweise darauf, dass diese Attacken, vornehmlich „lone-wolf-Attacken“, wenigstens durch den IS „inspiriert“ worden sind. Das gilt vor allem für den Anschlag auf den Sarona-Markt, bei dem vier Menschen ums Leben gekommen sind. Eine direkte Unterstützung durch den IS konnte der Inlandsgeheimdienst Shin-Bet nicht nachweisen, wohl aber die Inspiration, die der IS in diesem Fall ausgeübt hat. Dieser Faktor sollte auch in Zukunft nicht unterschätzt werden. Anders ist die Situation im Gaza-Streifen. Hier gab es immer wieder den Versuch salafistischer Gruppen, sich dem IS-Chef als „Provinz“ anzudienen und ihm die Treue zu schwören. Das hat Al-Baghdadi mit dem Hinweis darauf abgelehnt, dass diese Gruppen zu schwach und ineffektiv seien, um als „Provinz“ des Kalifates angesehen werden zu können. Diese Gruppen haben immer wieder versucht, mit Raketenangriffen und Attacken auf die Grenze eine neue militärische Eskalation zu provozieren. Das zeigt zugleich, dass diese Gruppen im Widerstreit mit der HAMAS stehen, die immer wieder auch versucht, mit gezielten Aktionen gegen diese salafistischen Gruppen vorzugehen und deren Einfluss gering zu halten. Israel reagiert zur Abschreckung auf die Attacken der Salafisten mit gezielten und begrenzten Luftangriffen auf HAMAS-Einrichtungen.

Besonders ernst zu nehmen ist die mögliche Gefahr, die Israel aus dem eigenen Land heraus droht. Hier hat eine Umfrage des Institute for National Security Studies (INSS) ergeben, dass rund 16 Prozent der Israelis palästinensischer Herkunft ISIS als muslimische Institution anerkennen. Das wird besonders gravierend, wenn man diese Zahlen mit Jordanien vergleicht: Hier sind es nur 3 Prozent. 2015 sind mehr als 40 arabische Israelis aufgrund des Verdachtes, Verbindungen mit dem Islamischen Staat zu haben, verhaftet worden.

Bislang ist es den israelischen Sicherheitsbehörden gelungen, alle Versuche, Zellen des islamischen Staates in Israel aufzubauen, in einem frühen Stadium zu verhindern: Zwei Fälle haben auch öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Im August 2015 wurde Iman Khanjo, eine palästinensische Israelin, in der Türkei festgenommen und an Israel ausgeliefert. Die 44jährige Doktorandin wollte die syrische Grenze überqueren und sich dem IS anschließen. Erfolgreicher war ein 23jähriger Israeli, der mit einem Gleitschirm von den Golanhöhen aus nach Israel eingeflogen ist. Insgesamt wird vermutet, dass mehr als 50 israelische Staatsbürger in Syrien und dem Irak kämpfen. Hier ist die Angst vor Rückkehrern besonders stark. Rund ein Dutzend Israelis sind ins Land zurückgekehrt und bei der Einreise verhaftet worden.

Besondere Aufmerksamkeit schenken die israelischen Sicherheitsbehörden der Gefahr von IS-Terrorzellen in Israel. Juli 2015 sind sechs Bewohner des Beduinendorfes Hura verhaftet und beschuldigt worden eine IS-Zelle gebildet und IS-Propaganda-Material verbreitet zu haben. Dezember 2015 wurden durch den Inlandsgeheimdienst fünf palästinensische Israelis

festgenommen, die dem Islamischen Staat Treue geschworen und sich bereits Waffen besorgt hatten. Oktober 2016 sind sechs Bewohner des Jerusalemer Stadtteiles Shuafat festgenommen worden, mit dem Verdacht, einen Terroranschlag nach IS-Vorbildern geplant zu haben.

Zusammenfassung:

Auch wenn es Israels Sicherheitsagenturen gelungen ist, Anschläge von Anhängern des IS in einem frühen Stadium zu verhindern, ist ein Besorgnis erregender Trend festzustellen: Junge „lone-wolf“-Terroristen, Individuen, die nicht mit einer Terrororganisation verbunden sind oder kleine unabhängige Zellen werden durch IS-Propaganda direkt angesprochen und zu ihren Taten angeregt auch ohne eine direkte Verbindung mit der Kommandostruktur. Wie ernst das in globalen Dimensionen zu nehmen ist und wie schwer das geheimdienstlich und polizeilich aufzuklären ist, zeigen die verheerenden Anschläge in San Bernadino und Orlando in den USA wie auch in anderen Ländern.

An den Grenzen ist die Gefahr einer bedrohlichen militärischen Konfrontation mit Israel schlicht aufgrund der hohen Überlegenheit des israelischen Militärs eher unwahrscheinlich. Wesentlich schwerwiegender ist die empirisch messbare zunehmende Identifizierung von Palästinensern mit den Zielen des IS. Die Tatsache, dass ein erfolgreicher Anschlag mit größeren Dimensionen auf Israel im Land oder außerhalb des Landes angesichts der Rückschläge die der IS in Syrien und dem Irak erleidet, ein nicht zu unterschätzender Propagandaerfolg für den IS wäre, macht israelische Wachsamkeit hier sehr erforderlich.

Nicht zu unterschätzen, hier scheint Israel allerdings gut vorbereitet zu sein, ist die zunehmende Kompetenz des Islamischen Staates im Bereich der Cyber-Bedrohungen.

3. Hat sich angesichts der dramatisch geänderten politischen Lage im gesamten Nahen Osten die Bedeutung gewandelt, welche die internationale Gemeinschaft dem klassischen Nahost-Konflikt zwischen Israel und Palästina beimisst, und wenn ja, welche Konsequenzen folgen daraus für den Friedensprozess und die Menschenrechte in Israel und Palästina? (SPD)

ANTWORT:

Der Arabische Frühling und seine Folgen stellen in beide Richtungen – Israel und die internationale Staatengemeinschaft - einen Paradigmenwechsel dar. Die politische Destabilisierung der gesamten Region, die eingeschränkte Staatlichkeit mit einem weitgehenden Scheitern des traditionellen „westfälischen“ Staatskonzeptes, die Tatsache, dass die „Freiheitsbewegungen“ und oppositionellen Bewegungen in den arabischen Staaten nicht immer zugleich auch demokratische Bewegungen waren, haben zu einer Desillusionierung der europäischen Staaten über den arabischen Frühling geführt. Hinzu kommen die gewaltsamen Auseinandersetzungen: Die konfliktgeladene Suche nach einer tragenden Identität, Kriege und Stellvertreterkriege um die hegemoniale Vormacht in der Region, vor allem aber die zerstörerische Auseinandersetzung zwischen dem sunnitischen und schiitischen Islam, verbunden mit einer Erosion vorhandener Ansätze eines „bürgerlichen Islams“.

Darüber hinaus ist die gegenwärtige Unsicherheit, welche Rolle die amerikanische Administration in der Gegend in Zukunft einnehmen wird, von wachsender Bedeutung. Die Reise des US-Präsidenten und die Ankündigung, den „ultimativen Deal“ zur Lösung des Nahostkonfliktes auf den Tisch zu bringen, lässt noch keine Rückschlüsse darauf zu, ob sich die USA in der Region verstärkt engagieren werden oder ob „America First“ eher zu einer Verringerung der Aktivitäten in der Region führen werden.

Kaum etwas hat die Gegend neben den genannten Faktoren allerdings in der jüngsten Zeit so geprägt wie die wachsende Polarität mit dem Iran. Aus dieser Polarität erwachsen neue Träume in Israel von einer normalisierten Beziehung und möglichen neuen Allianzen mit arabischen Nachbarstaaten wie Saudi Arabien. Jüngste Äußerungen des arabischen Außenministers während seines letzten Deutschlandbesuches im Hinblick auf das Verhältnis zu Israel und einer Lösung des Konfliktes sind insofern aufsehenerregend als die arabische Seite nicht mehr kategorisch darauf besteht, dass vor jedem noch so geringen Ansatz der Normalisierung der Beziehungen zu Israel eine Lösung des palästinensisch-israelischen Konfliktes stehen muss.

Diese schleichende „Aufweichung“ der kompromisslosen arabischen Haltung in der Frage der Normalisierung hat Konsequenzen für die landläufige Auffassung, dass der Israel-Palästina-Konflikt die „Mutter aller Konflikte“ ist. Mit einer Unterzeichnung eines israelisch-palästinensischen Friedensvertrages wären die Konflikte in Syrien und dem Irak sowie die schiitisch-sunnitische Polarisierung noch lange nicht gelöst. Sollte sich die Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt deutlich verschärfen, sollte es zu einer dramatischen Zunahme von Gewalt in der Region kommen, dann wird das ohne jeden Zweifel Auswirkungen auch auf die anderen Konflikte haben. Auch deshalb darf die internationale Staatengemeinschaft in ihren Anstrengungen, den Konflikt einer Lösung zuzuführen nicht nachlassen.

In Israel kann man den arabischen Frühling insofern als Paradigmenwechsel in der Betrachtung des „Westens“ betrachten als die anfängliche europäische Begeisterung für die Umbrüche im Nahen Osten in Israel Befremden ausgelöst hat. Die in Israel so empfundene „Naivität“ der internationalen Staatengemeinschaft hat die seit Jahren wachsende Skepsis gegenüber internationalen Organisationen weiter verschärft. Ebenso wird in der israelischen Bevölkerung die internationale und europäische Politik in den Krisenregionen in der Nachbarschaft Israels kritisch betrachtet. Subjektiv führt das in großen Teilen der israelischen Gesellschaft zu einer Wahrnehmung, dass der „Westen“ in Syrien und dem Irak moralisch „versage“ und deshalb nicht in einer Position sei, Israel die Einhaltung von Menschenrechten zu „predigen“. Das wiederum führt dazu, wie empirische Studien zeigen, dass auf Kritik an Menschenrechtsverletzungen zunehmend mit trotzigem Reaktionen auf der Seite der israelischen Mehrheitsgesellschaft beantwortet werden.

Diese wachsende Haltung in der israelischen Gesellschaft ist kürzlich auch am sogenannten Peace-Index des Israeli Democracy Institutes und der Universität Tel Aviv deutlich geworden. Diese Studie ergibt, dass 62 Prozent der jüdischen Bevölkerung in Israel die israelische Kontrolle über das Westjordanland nicht als „Besatzung“ wahrnehmen. 44 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die Zeit gekommen sei, sämtliche im Sechstagekrieg eroberten Gebiete offiziell zu annektieren, etwa genauso viele waren dagegen (45 Prozent).

Diese Einstellung und das gesunkene internationale Interesse für den israelisch-palästinensischen Konflikt macht sich das äußere rechte Spektrum der israelischen Parteienlandschaft zu Nutze, verbunden mit dem Versuch, gleichsam „im Schatten der internationalen Aufmerksamkeit“ den Siedlungsbau im Westjordanland voranzutreiben.

In diesem Zusammenhang ist der überproportionale faktische politische Einfluss der nationalreligiösen Partei des „Jüdischen Heims“, die in regelmäßigen Abständen mit der Auflösung der Regierungskoalition droht, besonders problematisch. Dieser Einfluss hat beispielsweise zur Verabschiedung einer auch grundrechtlich so problematischen Regelung wie des Gesetzes geführt, dass die Errichtung von illegalen „Outposts“ auf palästinensischem Privatland nachträglich rechtfertigt. Dieses Gesetz verstößt klar gegen den rechtlichen Grundsatz des „Rückwirkungsverbot“, der allen freiheitlichen Rechtsordnungen zu Eigen ist.

Nicht zu verkennen ist aber gleichzeitig, dass die geringer werdende internationale Aufmerksamkeit auch den genauen Blick auf palästinensische Menschenrechtsverletzungen – in der Westbank aber noch wesentlich gravierender im Gazastreifen - verstellt. Auch im Westjordanland bewegt sich die Entwicklung zunehmend in die Richtung eines autoritären Regimes (Siehe Antworten unter II. 2.)

-
4. Wie schätzen Sie die (Nicht-)Fortschritte beim Wiederaufbau des Gazastreifens unter besonderer Berücksichtigung des „Gaza Reconstruction Mechanism“ und des Agierens der internationalen Gemeinschaft ein? (DIE LINKE.)

ANTWORT:

Meine Einschätzungen zu dieser Frage beruhen auch auf den Erkenntnissen des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten.

- Der Gaza Reconstruction Mechanism (GRM) wurde geschaffen, um den berechtigten israelischen Sicherheitsbedenken zu begegnen: Dabei stand auch im Mittelpunkt, dass die benötigte Infrastruktur, um mit Raketen und raketengleichen Geschossen den Süden Israels anzugreifen, über ein Tunnelsystem zwischen Gaza und Ägypten importiert. Die Tunnel wurden weitestgehend während der jüngsten militärischen Auseinandersetzung zerstört, obgleich sich Meldungen einer Wiederaufnahme von Tunnelbauaktivitäten derzeit häufen;
- Das primäre Ziel des GRM ist die Verhinderung von „dual use“. So wird zwar verhindert, dass radikale Kräfte, die sich nicht an die Hudna/temporäre Waffenruhe gebunden fühlen, an ballistisches Material gelangen. Indes ist eine massive Verzögerung der Wiederaufbaumaßnahmen die Folge;
- Unmittelbar nach dem Krieg zwischen Hamas und Israel (2014) wurden 500.000 Palästinenser im Gaza-Streifen (Population heute: ca. 2 Mio.) zu temporären Internally Displaced Persons (IDPs). Heute leben weiterhin ca. 40.000 Palästinenser in

Notunterkünften; dies ist insbesondere im Süden der Fall, wo die Wiederaufbaumühungen – so der persönliche Eindruck des KAS-Vertreters in Ramallah – noch nicht wirklich umfassend beginnen konnten;

- Angesichts der Krisen in den Bereichen Humanitäres (die Hälfte der Bewohner ist auf Nahrungsmittelhilfe/-unterstützung angewiesen; die Wasserversorgung ist nicht mehr sichergestellt), Wirtschaft (BIP heute unter dem Vor-Oslo-Niveau, hohe Arbeitslosigkeit) und Energieversorgung (politisch bedingt erhalten derzeit Teile des Gazastreifens gar keinen Strom), droht eine nur schwerlich aufzufangende Krise, die nicht an den Grenzen Ägyptens und Israels Halt machen wird (inkl. Epidemien- und Seuchengefahr);
- Es sollte daher im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft und Israels sein, die Wiederaufbaumühungen zu beschleunigen. Dafür sollte die dual use-Liste gründlich überarbeitet (und gekürzt) werden und alternative Wege gefunden werden, um die Einfuhr von Hilfsgütern im Baubereich zu erleichtern;
- Der Westen (EU, VN et al.) ist nicht der einzige Geber. Qatar spielt in Gaza eine wesentlich sichtbarere und gewichtigere Rolle – sowohl im humanitären als auch im politischen Bereich. Qatar ist, so die einhellige Einschätzung, von den strengen GRM-Kriterien befreit; mindestens aber gelingt es dem Land, seine benötigten Materialien (insbesondere für große Infrastrukturprojekte, wie Straßen-, Häuser- und Moscheebau) leichter in das unter einer Blockade stehende Gebiet einzuführen;
- Angesichts der aktuellen Umwälzungen aufgrund der Spannungen am Golf, steht die Zukunft der Hilfe aus Qatar für Gaza aber auf dem Prüfstein. Sollte es hier, aufgrund des bereits artikulierten Drucks Saudi-Arabiens et al. zu Veränderungen (bspw. in Form von reduzierter Unterstützung) kommen, würde die humanitäre Krise massiv beschleunigt. Auch dafür sollte der Deutsche Bundestag/die Bundesregierung gewappnet sein.

-
5. Welche Mitverantwortung für die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten liegt Ihrer Ansicht nach bei den USA und den EU-Mitgliedstaaten - sowohl auf politisch-diplomatischer Ebene als auch in Form von Rüstungsexporten und der Unterstützung israelischer Rüstungsprojekte sowie der Sicherheitskooperation zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde? (DIE LINKE.)

ANTWORT:

Im Mittelpunkt der militärischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel steht vor allem die Lieferung von U-Booten an die israelische Marine. Diese U-Boote, die für die Außenverteidigung Israels essentielle Bedeutung haben sind aber zugleich einer der maßgeblichen Gründe dafür, warum viele Israelinnen und Israelis ein so positives Bild über Deutschland pflegen und den Eindruck haben, dass Deutschland seine Sicherheitszusagen gegenüber Deutschland bereits erfüllt. Diese Rüstungscooperation hat nach meiner Kenntnis

keine negativen Auswirkungen auf die palästinensischen Gebiete gehabt. Im Gegenteil, die Glaubwürdigkeit, die der deutschen Kanzlerin nicht zuletzt auch aufgrund dieser Kooperation zugebilligt wird, ermöglicht ihr im Gegenzug kritische Punkte wie den Siedlungsbau besonders konsequent anzusprechen (Siehe I.6.). Es ist nach meiner Ansicht deshalb auch abwegig im Falle Deutschlands daraus eine schuldhafte Verstrickung in den Nahostkonflikt zu konzentrieren.

Die Sicherheitskooperation zwischen Israel und den Palästinensischen Gebieten ist nur aus der Logik heraus zu verstehen, dass die PA damit letztlich ihren Machterhalt sichert, wissend, dass eine entstehender Massenaufstand im Sinne einer dritten Intifada sich über kurz oder lang auch gegen die Machthaber innerhalb der PA richten würde. Die Sicherheitskooperation hat ohne jeden Zweifel aber auch dazu beigetragen Terrorangriffe zu vermeiden.

Die Führung der israelischen Armee misst der Frage der Verhältnismäßigkeit ihrer Maßnahmen auch im Rahmen von Veranstaltungen, beispielsweise im Rahmen einer Veranstaltung des Israeli Democracy Institute und der Adenauer-Stiftung immer wieder Bedeutung bei. Wichtig bleibt nach meiner Einschätzung, dass die internationale Staatengemeinschaft Israel bei diesem Bemühen unterstützt. Angesichts der Veränderung der Armee, was am Fall Elor Azaria deutlich wird, durch eine veränderte Bevölkerungszusammensetzung und angesichts des politischen Druckes auf die Armeeführung, die sich insgesamt mehr um Deeskalierung, denn um Eskalierung bemüht, wird diese Unterstützung immer wichtiger.

Richtig ist, dass auch die europäische Zusammenarbeit mit der PA, beispielsweise mit der palästinensischen Polizei, angesichts der unter II.2. geschilderten Defizite, bei der Rechtsstaatlichkeit in den Autonomiegebieten einer stetigen Überprüfung bedarf.

-
6. In welchem Verhältnis muss Ihrer Einschätzung nach Druck aus der israelischen und aus der palästinensischen Gesellschaft und Druck von außen stehen, damit eine Verbesserung der Menschenrechtsslage erreicht werden kann? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ANTWORT:

Aufgrund der traumatischen historischen Erfahrungen und aufgrund der schon unter I.1. geschilderten nach wie vor validen Bedrohungslage gibt es in der israelischen Bevölkerung ein tiefes Bedürfnis nach Reaffirmation, nach einem Grundverständnis. Wer diese Grundempathie zeigt, wird von den Israelis dann deutlich ernster genommen, wenn Kritik geäußert wird.

Ein Beispiel für die Funktionsfähigkeit dieses Ansatzes ist die deutsche Bundeskanzlerin, die die Siedlungspolitik mehrfach als Haupthindernis für den Frieden bezeichnet und keinen Zweifel an ihrer Haltung gegenüber der Zweistaatenlösung gelassen hat.

Empirischen Studien zufolge genießt die deutsche Bundeskanzlerin und die Bundesrepublik Deutschland hohe Anerkennung in Israel. Rund 70 Prozent der Israelis haben über beide eine gute bis sehr gute Meinung. Ebenso wird unser Land einhellig als wichtigster Alliiertes Israels gleich nach den USA gesehen. Aus diesem Grund haben Äußerungen und Maßnahmen der Bundesregierung durchaus Gewicht in Israel. Die Absage der Regierungskonsultationen durch die Bundeskanzlerin, die in Zusammenhang mit der Verabschiedung des umstrittenen jüngsten Siedlungsgesetzes gestanden haben, hat durchaus Eindruck in der israelischen Regierung hinterlassen. Medienmeldungen zufolge hat Premierminister Benjamin Netanjahu dies zum Anlass genommen, um die besonders rechtslastigen Anteile seiner Regierung in der Partei „Jüdisches Heim“ zur Mäßigung aufzurufen.

Ebenso bleibt die konsequente Bekämpfung des Antisemitismus immer so etwas wie der Lackmusestest der Beziehungen. Die Tatsache, dass im Rahmen der Demonstrationen gegen die Gaza-Operation 2014 deutliche antisemitische Tendenzen zu verzeichnen waren und die Tatsache, dass die Bundesregierung damals ein deutliches Zeichen gegen diese Aktionen gesetzt hat, wurde in Israel in hohem Maße Beachtung geschenkt.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass Aktionen wie BDS (Boycott, Divestment, Sanctions) sich im Sinne von „Druck“ eher kontraproduktiv auswirken, davon abgesehen, dass einige Aktionen von BDS, man denke an das „Auftrittsverbot“ des amerikanisch-jüdischen Rappers Matisyahu die Grenze zum Antisemitismus bereits überschreiten. Während eines Folkfestivals in Spanien wollte man ihm eine Stellungnahme zu Israel abnötigen, die er als Amerikaner nicht zu geben bereit war .

Maßnahmen, die letztlich auf Ausgrenzung und Stigmatisierung Israels setzen, spielen schmerzlicherweise vor allem jenen am äußersten rechten Rand in die Hände, die von der engen Bindung Israels an den Westen, von der sichtbaren Wertegemeinschaft der beiden Länder eher weggehen wollen.

Dass Deutschland geschichtsvergessen reagieren würde, wenn es sich an allgemeinen Boykottmaßnahmen, z.B. gegenüber israelischen Produkten beteiligen würde, bedarf kaum der eingehenden Erwähnung.

II. Die Umsetzung von Menschenrechten in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten

1. Welche Bedeutung wird dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit in Israel beigemessen, welchen Status besitzen religiöse Minderheiten dort und wie wird das Menschenrecht auf Religionsfreiheit in den Palästinensischen Gebieten insbesondere gegenüber der dort lebenden arabischen christlichen Minderheit beachtet und umgesetzt? (CDU/CSU)

ANTWORT:

Israel definiert sich als jüdischer und demokratischer Staat und gewährt damit Juden beispielsweise mit Hinblick auf Einwanderung und Aufenthaltsstatus klare Vorteile. Dennoch garantiert Israel als Demokratie auch Andersgläubigen im Zuge der Unabhängigkeitserklärung Religionsfreiheit. Der hohe Standard der Religionsfreiheit, der im Vergleich zu Nachbarstaaten deutlich ausgeprägter ist, basiert unter anderem darauf, dass die jeweiligen Religionsgemeinschaften ihre rechtlichen Angelegenheiten, soweit sie nicht den Rahmen der herrschenden Rechtsordnung überschreiten, selbst regeln dürfen, womit die jeweilige geistliche Autorität für Fragen des Personenstands, nicht jedoch des Strafgerichts (Stichwort Sharia) zuständig ist.

Nachteile ergeben sich bei dieser Regelung vornehmlich für Personen, die sich keiner Religion zugehörig fühlen oder den Vorgaben der Religionsgemeinschaften nicht entsprechen können, denn eine reine Zivilehe ist in Israel nicht möglich, weshalb dann beispielsweise auf eine Eheschließung in Zypern ausgewichen wird, die in Israel dann juristische Anerkennung findet.

Eine völlig andere Sachlage würde die Verabschiedung und Implementierung des seit langem diskutierten und vom „Jüdischen Heim“ propagierten „Jewish Nation-state-law“ bedeuten. Dieses Gesetz würde das notwendige Primat des Jüdischen so deutlich in den Vordergrund stellen, dass dies den hohen Stand der Religionsfreiheit gefährden würde. Hier war unter anderem die Abschaffung von Arabisch als zweite Amtssprache in der Diskussion, was angesichts von rund 20 Prozent israelischen Palästinensern demokratisch äußerst fragwürdig wäre.

Während Christen wie alle anderen religiösen Gruppen auch ungehindert ihrer religiösen Praxis in Israel nachgehen können, hat es in der Vergangenheit immer wieder Übergriffe ultranationaler Juden (vornehmlich der Hilltop-Youth) in Form der sog. „price tag“ Attacken gegeben. Derartige Vorkommnisse, der traurige Höhepunkt wohl der Brandanschlag auf die Brotvermehrungskirche der deutschen Benediktiner in Tabgha, lassen aber noch nicht auf massive Auseinandersetzungen zwischen Juden und Christen in Israel schließen. Dieser konkrete Fall findet seinen Ursprung eher in einer lokalen Problematik in Jerusalem (Nähe Davidsgrab und Abendmahlssaal).

In diesem Zusammenhang muss man eine genaue Begrifflichkeit anwenden. Die „arabische christliche Minderheit“ wie sie in der Frage benannt worden ist, sieht sich als häufig ebenso deutlich als Palästinenser wie als Christen. Beide Seiten sind Teil ihrer Identität. Der Versuch des damaligen israelischen Innenministers Gideon Sa'ar, den „Aramäern“ einen eigenen Status als anerkannte nationale Minderheit in Israel zu gewähren, hatte das Ziel, jene Palästinenser, die den orthodoxen Kirchen angehören aus dem Kontext ihrer palästinensischen Identität zu lösen und ist unter dem Strich gescheitert.

Ohne Zweifel spielen auch die Folgen der Besetzung des Westjordanlandes für die christlichen Palästinenser bei den Motiven eine Rolle, wenn es darum geht, dem „Heiligen Land“ den

Rücken zu kehren. Der Wissenschaftler Heinz Theisen schreibt jedoch in den „Stimmen der Zeit“: „Die Standarderklärung, wonach die Auswanderung der Christen ihre Hauptursache in der israelischen Okkupation habe, ist nicht überzeugend. Ihr Rückgang ist im Kontext des Schwindens der Christenheit im gesamten Raum zu sehen.“ Als Gründe für Auswanderung nennt er weniger Verfolgungen, sondern andere Gründe: „mangelnde Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die niedrigere Geburtenrate, eine bessere Ausbildung, welche Auswanderung erleichtert, die schwindenden Heiratschancen für Christinnen. Natürlich ist die Abwanderung oft auch von ökonomischen Motiven geleitet, die sich mit den anderen Motiven verschränken.“

Auch in den palästinensischen Gebieten herrscht ebenso wie im Gaza-Streifen für die Christen weitgehende Religionsfreiheit. Auch hier dürfen Personenstandsangelegenheiten über eigene Gerichtsbarkeiten geregelt werden. Politisch sind die Christen im Westjordanland gemessen an ihrer Zahl – beispielsweise durch die Tatsache, dass in Betlehem traditionell nur Christen in das Amt des Bürgermeisters gewählt werden – durchaus überrepräsentiert.

Im Gazastreifen hingegen sind die Christen zwar nicht an ihrer Religionsausübung gehindert, durch den noch höheren Grad eines konservativen Islams zumindest gesellschaftlich, aber auch politisch marginalisiert. Dass es im vergangenen Jahr im Gazastreifen zu einem gezielten Mord an einem vermeintlichen Schiiten gekommen ist, bedarf der genaueren Beobachtung.

Im Zusammenhang mit der Religionsfreiheit bleibt zu erwähnen, dass es im Zuge vermehrter Terroranschläge im vergangenen Jahr zu Zugangsbeschränkungen auf dem Tempelberg/Haram-al-Sharif für bestimmte Altersgruppen durch die israelischen Sicherheitsbehörden gekommen ist. Angesichts des wachsenden religiösen Selbstbewusstseins auf beiden Seiten (Juden und Muslime) ist dringend zu verhindern, dass aus dem vornehmlich nationalen und territorialen Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern mit religiösen „Einsprengeln“ ein religiöser Konflikt wird. Das erfordert einen hohen Grad an Deeskalierung möglicher religiöser Spannungen insbesondere in der Jerusalemer Altstadt. Dass sich die israelische Regierung dieser Tatsachen durchaus bewusst ist, wird an der Tatsache deutlich, dass die Regierung Netanjahu über lange Zeit Abgeordneten der Knesset untersagt hat, einen Besuch auf dem Tempelberg abzustatten.

2. Welches sind die menschenrechtlich größten Probleme in den Justizsystemen Israels und Palästinas, und welches Instrumentarium steht der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung, um die Rechtsstaatlichkeit in beiden Ländern zu stärken und das Los derer zu verbessern, die in die Mühlen der Justiz geraten sind? (SPD)

ANTWORT:

Im Zusammenhang mit der Siedlungspolitik, aber auch durch die Besetzung des Westjordanlandes kommt es zu Einschränkungen der Bewegungsfreiheit ebenso wie zu

erheblichen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Auch ist der Zugang zum israelischen Rechtssystem nicht immer durchgehend gegeben. Andererseits hat es, wenngleich vereinzelt, auch immer wieder Fälle geben, in denen der Rechtsweg, insbesondere bei illegalem Siedlungsbau auf palästinensischem Privatland am Ende zum Erfolg geführt hat, wie beispielsweise im Fall der Siedlung Armona. Ob in diesem Zusammenhang das jüngst erlassene Gesetz, das den Bau von Siedlungen nachträglich legitimiert, vor dem Obersten Gerichtshof Bestand haben wird, bleibt abzuwarten.

In den palästinensischen Gebieten hat die Bevölkerung allerdings insgesamt nicht gleichermaßen Zugang zum Rechtssystem: Erstens aufgrund des unklaren Oslo-Regimes (Folge: es keimen alternative/informelle Rechtssprechungsverfahren, bspw. religiöse Gerichte/Streitschlichtungen durch Ältestenrat). Zweitens befindet sich die palästinensische Judikative seit zwei Jahren unter zunehmendem Beschuss durch die Autonomiebehörde, die – nachdem sie bereits erfolgreich legislative Aufgaben an sich gebunden hat – nun auch eine unabhängige Rechtsprechung verhindern will. Dafür spricht auch das politische und politisierte Gremium des palästinensischen „Verfassungsgerichts“, das Ende 2016 durch den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, einberufen worden ist. Die Formierung des Gerichtes hat dementsprechend auch in der palästinensischen Politik selbst zu erheblicher Kritik geführt. Von effektiver Gewaltenteilung, die Regierungshandeln überwacht und Akteure, die Recht brechen, zur Verantwortung zieht, kann deshalb nicht die Rede sein.

An der prekären Menschenrechtslage in den palästinensischen Gebieten haben die Palästinensische Autonomiebehörde als auch die Regierung im Gaza-Streifen ihren Anteil. Immer öfter sind Vertreter von Medien, Zivilgesellschaft und oppositioneller Gruppen einschüchternden Maßnahmen und Verhaftungen ausgesetzt. Sowohl Amnesty International als auch die offizielle palästinensische Menschenrechtsorganisationen haben in ihren Berichten der letzten Jahre immer wieder auf erhebliche Defizite hingewiesen:

- Auf willkürliche Verhaftungen durch die jeweiligen Sicherheitsbehörden im Westjordanland und im Gazastreifen.
- Auf unfaire Gerichtsverfahren, bei denen grundlegende Verfahrensrechte wie der Zugang zu einem Rechtsbeistand nicht gewährleistet worden sind.
- Auf Todesurteile, die sowohl in der Westbank als auch im Gazastreifen verhängt, im Falle des Gazastreifens, dann auch in zweistelliger Höhe vollstreckt worden sind.
- Auf Folter die sowohl im Westjordanland als auch im Gazastreifen angewendet worden ist. Weder die Nationale Einheitsregierung noch die De-facto-Verwaltung der Hamas im Gazastreifen leiteten unabhängige Untersuchungen der Foltterwürfe ein oder zogen die Täter zur Rechenschaft.
- Auf exzessive Gewaltanwendung im Westjordanland als auch im Gazastreifen bei der Auflösung von Protesten oder bei Verhaftungen.

An dieser Stelle scheint es entscheidend zu sein, dass Deutschland bei seiner Rechtsstaatsarbeit in den palästinensischen Gebieten immer wieder auf eine Verbesserung der menschenrechtlichen Situation drängt und daran auch die Gewährung oder Nicht-Gewährung finanzieller Unterstützung koppelt.

3. Mitte April sind über 1.000 Palästinenser in Protest gegen ihre Haftbedingungen in den Hungerstreik getreten. Wie schätzen Sie die Haftbedingungen für Palästinenser derzeit ein? Wie hoch ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen vor allem seit Beginn der sogenannten Messer-Intifada an der Anzahl der palästinensischen Gefangenen? Wie sind ihre Haftbedingungen? Wie entwickelt sich die Zahl der sogenannten Häftlinge in Adminsitativhaft? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ANTWORT:

Zunächst sollte hier nicht vergessen werden, dass eine Vielzahl der verurteilten Gefangenen tatsächlich schwere Straf- und Gewalttaten begangen haben. Darunter: Beteiligung an Terroranschlägen, Teilnahme an Schießereien, unerlaubter Besitz von Waffen etc. Im März hat der israelische Fernsehkanal „Channel 2“ über die Lebensumstände von palästinensischen Jugendlichen im Gefängnis Ofer berichtet. Und die Ergebnisse dieser Sendung waren irritierend, weil sie aufgezeigt hat zu welchem Ausmaß einige der jugendlichen Straftäter ideologisiert waren: „Ich bereue es nicht, dass ich zugestochen habe“, sagt einer der jugendlichen Attentäter dabei in die Kamera.

Zu den Kindern und Jugendlichen auf die ich mich hier wegen ihrer besonderen Verwundbarkeit konzentriere. Auch hier greife ich auf Erkenntnisse des KAS-Büros in Ramallah sowie auf die Zahlen der NGO Addameer zurück: Im Mai 2017 lag die Anzahl der Kinder und Jugendlichen palästinensischen Gefangenen bei circa 300. Im Januar 2017 waren 11 davon unter 16 Jahre. Seit Beginn der sogenannten Messer-Intifada (Ende 2015) hat sich die Anzahl der jugendlichen Gefangenen im Vergleich zu den Jahren vorher zeitweise mehr als verdoppelt:

- Dezember 2014: 156
- Dezember 2015: 470
- Dezember 2016: 400

Etwa 40 bis 50 Prozent der gefangengenommenen Jugendlichen sitzen ihre Strafe im Megiddo Gefängnis in Israel ab. Die restlichen jugendlichen Gefangenen werden auf das Gefängnis Hasharon (Israel) und Ofer (Westjordanland) aufgeteilt. Die Haftbedingungen werden im Folgenden am Beispiel von Megiddo dargestellt:

Durchschnittlich werden Besuche von Familienangehörigen der jugendlichen Gefangenen ab dem dritten Monat nach der Verurteilung genehmigt. Das Recht auf Bildung wird in israelischen Gefängnissen nicht garantiert. Dennoch hat das IPS eine kleine Anzahl von

Lehrern in allen drei Gefängnissen eingestellt, die Mathe und Arabisch unterrichten. Gelegentlich lernen jugendliche Gefangene auch Hebräisch. Der Unterricht findet fünf Tage die Woche etwa vier bis fünf Stunden täglich statt. Viele Jugendliche gehen jedoch nicht regelmäßig zum Unterricht, da das Leistungsniveau weit unter ihrem Bildungsstand liegt. Als Ergänzung zu dem akademischen Unterricht werden in Ofer auch Kurse wie beispielsweise Fußball oder Theater angeboten.

Palästinensische jugendliche Gefangene haben eine unzureichende therapeutische Betreuung. Hauptsächlich kümmern sich die erwachsene Gefangene in Langzeithaft um die palästinensischen Jugendlichen und Kinder. Nach der Freilassung haben viele junge Gefangene Probleme sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern und vermeiden möglichst den Kontakt zum israelischen Militär, was zu enormen, selbst auferlegten Bewegungseinschränkungen in den besetzten Gebieten führt.

Wie entwickelt sich die Zahl der sogenannten Häftlinge in Administrativhaft?

Auch hier die Zahlen der NGO Addameer: Von 2013 bis 2016 hat die Zahl der Palästinenser in Administrativhaft stetig zugenommen. Seit 2016 ist die Zahl wieder etwas zurückgegangen, befindet sich jedoch immer noch auf einem hohen Niveau:

- Mai 2013: 156
- Mai 2014: 192
- Mai 2015: 401
- Mai 2016: 715
- Mai 2017: 490

III. Rolle und Spielraum der Zivilgesellschaft

1. Wie bewerten Sie das restriktive NGO-Gesetz in Israel? Ist es ein Ausdruck dafür, dass das Recht auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit gefährdet ist und eine menschenrechtsbasierte demokratische Politik an Wert verliert? (SPD)

ANTWORT:

Der Begriff „restriktives NGO-Gesetz“ in der Frage gibt nicht ganz die Realität des Gesetzes wieder, wobei man hier die Formulierung „noch nicht“ nutzen sollte. Zunächst muss man sagen, dass insbesondere der Einfluss von Angehörigen des Deutschen Bundestages einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, dass das ursprünglich von der Justizministerin Ayelet Shaked geplante Gesetz nur in deutlich abgeschwächter Form zur Verabschiedung gekommen ist.

Zu den wichtigsten inhaltlichen Punkten des Gesetzes:

- NGOs, die ihre Finanzierung mehrheitlich von ausländischen Regierungen ("entities") beziehen, müssen dies in all ihren Publikationen und öffentlichen Briefen kenntlich

machen, sowie dem "registrar of nonprofit associations" melden. Die Publikationen müssen ebenso aufzeigen, dass eine Liste der Finanzierungsländer auf der website des "registrar of nonprofit associations" zu finden ist. Eine Missachtung dieser Regelung wird mit einer Geldbuße von 29.200 NIS (ca. 6.800 EUR) geahndet.

- Wie vom zuständigen Knessetausschuss festgelegt, gilt das Gesetz nicht rückwirkend, sondern erst für Spenden/Finanzierungen seit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens (1. Januar 2017). Der erste Bericht über die Finanzierung der NGO muss sechs Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes an das „registrar of nonprofit associations“ geschickt werden, also in diesen Tagen.

Einschätzung:

Auch wenn die Politischen Stiftungen aufgrund des deutlich abgeschwächten Gesetzes nur mittelbar von den neuen legislativen Reglementierungen betroffen sind, kreierte das verabschiedete Gesetz dennoch ein stigmatisierendes Klima für alle in Israel vertretenden NGOs/CSOs. Dadurch entsteht ein Generalverdacht, dem auch wir uns als politische Stiftung stellen müssen.

Zudem wird sich zeigen müssen, ob sich durch das Gesetz die Zusammenarbeit von ausländischen Regierungen und den Stiftungen mit liberalen NGOs verschlechtert, weil diese einem größeren öffentlichen Druck ausgesetzt sein könnten und daher in der Zusammenarbeit gegebenenfalls von sich aus zurückhaltender agieren könnten.

Die Hauptproblematik des Gesetzes besteht darin, dass NGOs, die von privaten Spendern finanziert werden, nicht unter das Gesetz fallen, sondern nur diejenigen, die ihre Mittel hauptsächlich aus ausländischen staatlichen Mitteln beziehen. Insofern betrifft das Gesetz vor allem die linksorientierten NGOs in Israel ein. Dadurch entsteht eine Doppelmoral, die der Regierungsforderung nach mehr Transparenz durch das neue NGO-Gesetz widerspricht. Die Aussagen der Justizministerin in der Knesset lassen außerdem befürchten, dass es weitere Versuche geben könnte, die Arbeit von regierungskritischen Organisationen zu beschränken.

In diesem Zusammenhang – und dann könnte man in der Tat von Restriktionen sprechen – sind die jüngsten Äußerungen des israelischen Regierungschefs Benjamin Netanjahu besonders zu beobachten. Gegenüber israelischen Medien hatte „Bibi“ Anfang Juni in Erwägung gezogen, einen „Bann“ für bestimmte Finanzierungen israelischer NGOs durch ausländische Regierungen auszusprechen. Das wäre dann nicht mehr nur eine Frage der Transparenz ausländischer Finanzierungen, sondern eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit von israelischen NGOs. Auch wenn eine Mehrheit in der Knesset für ein solches Gesetz im Moment eher unwahrscheinlich wäre, würde ein solches Gesetz den noch immer herrschenden Standard einer pluralistischen Demokratie deutlich in Frage stellen.

-
2. Wie schätzen Sie die Handlungsfähigkeit der israelischen Friedensbewegung bzw. von Menschenrechtsverteidigern in Israel vor dem Hintergrund von Angriffen sowohl durch die israelische Regierung als auch durch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sowie vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren massiv verschärften und sich weiter verschärfenden gesetzlichen Lage ein? (DIE LINKE.)

ANTWORT:

Ungeachtet der bereits oben geschilderten und zweifelsohne besorgniserregenden Entwicklungen stehen die demokratischen Strukturen des Landes nicht zuletzt aufgrund starker und (noch) unabhängiger Institutionen wie dem Obersten Gerichtshof auf stabilen Säulen. Entsprechend wird Israel in empirischen Erhebungen zur globalen Situation der Freiheits- und Menschenrechte wie dem Freedom House Index regelmäßig im ersten Viertel aller erfassten Länder aufgeführt. So kann kein Zweifel daran bestehen, dass trotz Anfeindungen vor allem des rechten Gesellschaftsspektrums Kritik an Menschenrechtsverstößen frei artikuliert werden kann und entsprechenden Eingang in den politischen wie gesellschaftlichen Diskurs finden kann.

Es erscheint ratsam, auch in diesem Fall die Entwicklungen differenziert zu betrachten und zu konzidieren, dass Einschränkungen der Arbeit von Menschenrechtsgruppen durch gewisse „Selbstreinigungskräfte“ in den Behörden oder auch durch innen- und außenpolitischen Druck wieder eingefangen oder revidiert werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Fall des Israel- und Palästina-Direktors von Human Rights Watch, Omar Shakir. Shakir wurde am 20. Februar 2017 zunächst ein Arbeitsvisum verweigert mit dem Hinweis, HRW würde „palästinensische Propaganda“ betreiben. Zwei Monate später allerdings besann sich das Innenministerium eines Besseren und erlaubte letztlich doch die Einreise und damit die Arbeit von HRW.

Eine rote Linie, vor deren Überschreitung nicht laut genug gewarnt werden kann, wäre es, wenn die Autorität, Reputation und Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofes angetastet werden würde. Der Gerichtshof hat auch bei der Wahrung von Menschenrechten in Israel wie in den palästinensischen Gebieten immer wieder die Rolle eines „demokratischen Wachhundes“ gespielt. Das äußere rechte Spektrum der israelischen Gesellschaft und Politik versucht unter Federführung der Justizministerin Shaked, die Integrität dieser Institution zu verändern. Sie tut diese zum einen mit dem Versuch, durch die personelle Neubesetzung neue Tatsachen zu schaffen und zum anderen mit dem Ansatz, durch gesetzliche Neuregelungen die Handlungsfähigkeit des Gerichtes einzuschränken.

-
3. Wie ist Ihre Einschätzung zu dem „Shrinking Space“ für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in der israelischen und in der palästinensischen Gesellschaft? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ANTWORT:

Bei der Frage nach den „Shrinking Spaces“ wäre es auf der israelischen Seite sträflich, sich nur auf die Einschränkung des Handlungsspielraums von Menschenrechtsorganisationen durch die Regierung zu beschränken. Das wird deutlich am Fall der Verurteilung Elor Azarias, eines Soldaten der Israelischen Verteidigungstreitkräfte, der am 24. März 2016 in Hebron einen

kampfunfähigen Attentäter, der zuvor mit dem Messer auf israelische Militärs eingestochen und diese teils schwer verletzt hatte, aus nächster Nähe erschossen hat. Dieser Fall hat zu einer deutlich gespaltenen Meinungslage in Israel geführt.

Laut einer Umfrage des IDI, war eine klare Mehrheit von 65% der jüdischen Israelis der Auffassung, dass die Tötung des unbewaffnet am Boden liegenden Angreifers gerechtfertigt war. Dabei spielt auch die außerordentliche gesellschaftliche Verflechtung von Armee und Gesellschaft eine Rolle. Der Fall zeigt zugleich, dass in der Armee, die nach der Meinung palästinensischer Experten wie dem Meinungsforscher Khalil Shikaki im Westjordanland gegenwärtig eher noch deeskalierend als eskalierend wirkt, längst der Kampf um die Deutungshoheit zwischen demokratischen und säkular denkenden und religiös-nationalistisch denkenden Strömungen begonnen hat.

Die Beurteilung des Falles Azaria in der breiten Öffentlichkeit korrespondiert mit einer weithin kritischen Wahrnehmung von Menschenrechtsorganisationen in der Bevölkerung und vor allem des rechten Gesellschaftsspektrums. Einrichtungen wie B'Tselem wurden im Jahr 2016 von 71% aller jüdischen und 23% aller arabischen Befragten als schädlich für den Staat Israel wahrgenommen, da sie durch ihre Kritik dazu beitragen würden, Israel international in Verruf zu bringen. Noch im Vorjahr hatten lediglich 56% der jüdischen und 19% der arabischen Befragten sich auf diese Weise zu Menschenrechtsorganisationen geäußert.

Ich plädiere sehr dafür, in der Auseinandersetzung mit dem Menschenrechtsklima nicht nur die Regierung und ihren Einfluss auf die Meinungsentwicklung zu beachten, sondern auch einen deutliches Augenmerk auf die Veränderungen in der israelischen Mehrheitsgesellschaft zu richten. In diesem Zusammenhang ist auch die Verantwortung der Medienberichterstattung zu diskutieren.